



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

40. Ratssitzung vom 8. März 2023

1479. 2022/588

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 23.11.2022:
Festsetzung der Minimal- und Maximaltarife für Subjektsubventionen in der
Verordnung über die Kinderbetreuung durch den Gemeinderat**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 997/2022): Das Postulat steht im Zusammenhang mit den aktuellen Kindertagesstätten-Revisionen. Vor Kurzem wurde beschlossen, den Normkostensatz zu erhöhen, den die Stadt an die Kindertagesstätten (Kitas) zahlt. Zu diesem Thema gab es eine parlamentarische Initiative, worin weiter festgelegt ist, was die Eltern an die familienexterne Kinderbetreuung bezahlen müssen. Im Subventionierungsbereich herrscht ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen Kitas, Eltern und Stadt. Mit diesem Postulat wollen wir den Fokus auf die Eltern legen, die Beiträge bezahlen. In einer Überarbeitung der Verordnung und damit der Kita-Politik sollen die Minimal- und Maximaltarife für die Subventionen der Eltern neu betrachtet werden. Die Kompetenz diese Tarife festzulegen, liegt momentan beim Stadtrat und soll dem Gemeinderat übertragen werden. Den Bericht dieser Prüfung werden wir voraussichtlich im Jahr 2024 im Hinblick auf das Jahr 2025 erhalten.

Sebastian Zopfi (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 7. Dezember 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Die Fehlbeträge belaufen sich auf mehrere Millionen Franken. Die SVP empfindet es als sinnlos, Geld in ein defizitäres System fließen zu lassen, das sich nicht bewährt. Die Stadt setzte Regeln und Rahmenbedingungen, die bei den Betroffenen nicht funktionieren. Es braucht eine Liberalisierung des staatlich dominierten Marktes, damit eine marktwirtschaftliche Situation entsteht, in der Familien die freie Wahl haben und Kitas in Konkurrenz stehen. Der Stadtrat leitet dieses Departement. Wenn ihm die Finanzhoheit genommen wird, kommt das einer Entmachtung gleich. Das hat gravierende Folgen für den Steuerzahler. Wir sind der Ansicht, dass die subventionierten Betriebe selbst schauen müssen und es nicht die Aufgabe des Gemeinderats oder des Steuerzahlers ist, die Löhne anzuheben. Die SVP lehnt das Geschäft ab.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Das Postulat sagt nichts anderes, als dass im Rahmen der Gesamtrevision der Verordnung über die Kinderbetreuung neu zu definieren ist, wie der finanzielle Aufwand gesteuert werden soll. Das wird auch durch den Maximalbeitrag der Eltern definiert. Wenn betrachtet wird, dass der Umsatz der städtischen Kitas über 300 Millionen Franken beträgt und der Beitrag der Stadt voraussichtlich auf 100 Millionen Franken



2 / 2

angehoben wird, ist klar, dass die Maximalbeiträge der Eltern und die Beiträge für die Kitas in einer Gesamtbeurteilung betrachtet werden müssen. Der Stadtrat soll lediglich diese umfassende Betrachtung durchführen. Das alte Regulierungssystem ist überholt.

Das Postulat wird mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat